

Februar 2020

Länderbericht

Länderbüro Rumänien



Erste Etappe auf dem Weg zu Neuwahlen in Rumänien

Regierung Orban „verliert“ Vertrauensfrage im Parlament

Dr. Martin Sieg

Mit 261 Stimmen hat das rumänische Parlament in einer gemeinsamen Sitzung beider Kammern der Regierung von Premierminister Ludovic Orban am Nachmittag des 5. Februar das Misstrauen ausgesprochen. Orban, auch Vorsitzender der Nationalliberalen Partei (PNL), hatte die Vertrauensabstimmung selbst herbeigeführt, um vorgezogene Neuwahlen zum Parlament zu ermöglichen. Reguläre Parlamentswahlen stünden Ende des Jahres an. In der Zwischenzeit befindet sich das Land jedoch in einer politischen Hängepartie. Seit November letzten Jahres führt Orban eine von der PNL gebildete Minderheitsregierung. Sie löste die zuvor von der Sozialdemokratischen Partei (PSD) geführte Regierung unter Viorica Dancila ab, nachdem diese bereits bei den Europawahlen 2019 einen schweren Vertrauensverlust der Wähler erlitten hatte. Durch Abspaltungen und den Verlust des Koalitionspartners verlor diese auch die Parlamentsmehrheit und wurde im Oktober 2019 durch ein Misstrauensvotum abgewählt. Gleichwohl sah sich die Regierung Orban im Parlament aber faktisch einer oppositionellen Mehrheit gegenüber. Dabei setzt die rumänische Verfassung besonders hohe Hürden für Neuwahlen. Sie erfordert praktisch die Mitwirkung einer breiten parlamentarischen Mehrheit, die bislang nicht gegeben war. Präsident Klaus Iohannis und Premierminister Orban wollen daher jetzt gemeinsam mittels der Vertrauensfrage diesen politischen Schwebezustand überwinden, um vorgezogene Parlamentswahlen möglichst in zeitlicher Nähe zu den im Frühsommer ohnehin anstehenden Kommunalwahlen zu erreichen.

Eingeschränkte Handlungsfähigkeit der Regierung Orban aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Parlament

Ludovic Orban wurde im November auch deshalb zum Premierminister gewählt, weil die Parlamentsmehrheit eine Neuwahl vermeiden wollte, da eine solche erhebliche Verschiebungen der Machtverhältnisse und für viele Abgeordnete auch den Mandatsverlust verspricht. Dabei verfügt die PSD weiterhin über weitgehende Vetomacht im Parlament, und kann, mit wechselnden Bündnissen, nahezu alle Beschlüsse blockieren. Die PNL verfügt selbst nur über etwa 20 Prozent der Mandate. Die Regierung Orban müsste jedes Gesetzesvorhaben mit mehr als einem halben Dutzend Fraktionen und Gruppierungen und ihren widersprüchlichen Interessen immer wieder neu aushandeln. Wichtige Gesetzesvorhaben, wie die Aufhebung problematischer „Justizreformen“ der vorangegangenen PSD-Regierungen konnten

deshalb in dringenden Fällen nur durch Notverordnungen der Regierung oder, wie der Haushalt für 2020, nur mittels der sogenannten Verantwortungsübernahme durch die Regierung – dem Äquivalent zur Vertrauensfrage – verabschiedet werden. Faktisch verließ also nur die Drohung mit der Alternative von Neuwahlen der Regierung Handlungsfähigkeit.

Vor diesem Hintergrund wollen Präsident Iohannis und Premier Orban vorgezogene Neuwahlen erreichen. Am 9. Januar erklärte zuerst der Präsident, sich für Neuwahlen einsetzen zu wollen. In einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Präsidenten sprach sich am 10. Januar dann auch Premier Orban für Neuwahlen aus. Die Europawahl und der hohe Sieg von Iohannis bei der Präsidentenwahl im Jahr 2019 zeigten den Willen der Wähler nach einem echten Machtwechsel. Derzeit aber werde weiterhin „das Parlament von der PSD dominiert und agiert wie eine Bremse gegen die Vorhaben

des Präsidenten und der Regierung, den Willen der Menschen umzusetzen“. Am 29.1. brachte dann Ludovic Orban einen Gesetzentwurf zur Änderung des Kommunalwahlrechtes ein, das einen zweiten Wahlgang bei den Direktwahlen der Bürgermeister eingeführt hätte und verband dieses Gesetz mit der Übernahme der Verantwortung durch die Regierung. Ein mit Verantwortungsübernahme durch die Regierung eingebrachtes Gesetz tritt automatisch und ohne weitere Abstimmung durch das Parlament in Kraft, wird dort nicht innerhalb von drei Tagen ein Misstrauensantrag eingebracht und innerhalb maximal weiterer 8 Tage verabschiedet.

Die Einführung eines zweiten Wahlgangs, mit dem die Bürgermeister nicht mehr mit einfacher, sondern mit absoluter Mehrheit gewählt würden, ist seit langem ein Ziel liberaler und bürgerlicher Parteien. Zugleich ist diese Frage von hoher Sensibilität für die PSD; denn während städtische Wählerschichten in aller Regel mehrheitlich für liberale und konservative Kräfte, aber gegen die PSD stimmen, ist das Mitte-Rechts-Spektrum zugleich parteipolitisch stärker fragmentiert. PSD-Kandidaten haben daher viel bessere Chancen, mit einfacher Mehrheit zu Bürgermeistern gewählt zu werden. Insbesondere in Bukarest konnte die PSD so das Rathaus erobern, hätte aber wesentlich geringere Chancen, es auch zu halten, würde ein zweiter Wahlgang eingeführt. Ähnliches gilt für die Partei der ungarischen Minderheit (die Demokratische Union der Ungarn in Rumänien - UDMR), die mit knapp sechs Prozent im Parlament vertreten ist, Orban mit gewählt hat und in anderen Fragen auch unterstützt. Von vornherein war damit klar: kein anderes Thema würde die Parlamentsmehrheit eher zu einem tatsächlichen Misstrauensvotum veranlassen als diese Änderung des Wahlrechts.

Misstrauensvotum ist nur die erste Hürde für Neuwahlen

Mit dem erfolgten Misstrauensvotum ist die erste Hürde für Neuwahlen genommen. Das weitere Verfahren bleibt allerdings kompliziert und birgt damit auch politische Risiken. Zunächst müssten zwei Versuche zur erneuten Regierungsbildung scheitern: Der Präsident muss zwei Mal hintereinander einen Premierminister

nominieren, der dann im Parlament die Bestätigung durch die erforderliche absolute Mehrheit der Stimmen verfehlt. Damit ist es zumindest möglich, dass Gruppen von Parlamentariern, die jetzt gegen die Regierung gestimmt haben, um die Änderung des Wahlrechts zu verhindern, dann für eine neue Regierung stimmen und ihr eine Mehrheit verschaffen, um Neuwahlen zu verhindern.

Für die PNL ist entscheidend, dass Orban in jedem Fall auch amtierender Ministerpräsident bliebe, zumal die Verfassung und die Gesetzeslage komplexe Fristen von zusammen mindestens dreieinhalb Monaten bis zu einer möglichen Neuwahl vorschreiben. Aus diesem Grund konnte Orban auch nicht zurücktreten, um den Weg für Neuwahlen zu ebnen, da laut Verfassung dann ein anderes Kabinettsmitglied mit der übergangsweisen Regierungsführung beauftragt werden muss. Aus demselben Grund wird ihn Präsident Iohannis voraussichtlich bei den jetzt zuerst erforderlichen Anläufen zur Regierungsneubildung auch wieder und wiederholt als Kandidaten für das Amt des Premierministers nominieren. Der Verfassungstext schränkt den Präsidenten bei der Auswahl der Kandidaten dabei nicht näher ein. So hoch wie die Hürden sind, ist es in Rumänien aber auch noch nicht zu vorgezogenen Wahlen gekommen. Insofern wird verfassungsrechtliches Neuland betreten; wobei sich die Frage nach der Auslegbarkeit unterschiedlicher Bestimmungen noch stellen und daher auch noch das Verfassungsgericht beschäftigen könnte.

Wechselstimmung in Rumänien zugunsten der PNL

Dabei scheint das Streben nach Neuwahlen auch von einer ausgesprochenen Wechselstimmung innerhalb der Wählerschaft getragen zu sein. Bereits bei der Europawahl im Juni letzten Jahres halbierte sich der Stimmenanteil der PSD auf nur noch 22,5 Prozent und bei der Präsidentenwahl vom Dezember erzielte Amtsinhaber Iohannis mit 66 Prozent einen Erdrutschsieg gegen die frühere Ministerpräsidentin Dancila von der PSD. In aktuellen Umfragen führt die PNL derzeit deutlich mit Werten zwischen 37 und 47 Prozent, während

die PSD zwischen 21 und 26 Prozent liegt und die Allianz zwischen der Union Rettet Rumänien (USR) und der Partei Freiheit, Einheit und Solidarität (PLUS) – voraussichtlicher Koalitionspartner der PNL - bei einer künftigen Wahl auf 14 bis 16 Prozent kommt. Diese Zahlen sind eine Momentaufnahme und mit einer gewissen Vorsicht zu behandeln. Die PNL profitiert davon, dass Iohannis und Orban den politischen Diskurs derzeit stark zu bestimmen vermögen, während USR-PLUS und PSD vor allem mit sich selbst beschäftigt sind. Nach einem recht schwachen Abscheiden ihres Kandidaten Dan Barna bei der Präsidentschaftswahl sind USR und PLUS mit inneren Richtungsfragen und dem Zusammenschluss ihrer Parteien beschäftigt.

In der PSD ist Viorica Dancila als Parteivorsitzende nach ihrer Niederlage bei der Präsidentschaftswahl zurückgetreten. Amtierender Parteivorsitzender und aussichtsreichster Kandidat für die Wahl zum Vorsitzenden bei einem voraussichtlich im März stattfindenden Parteikongress ist Marcel Ciolacu, Präsident der Abgeordnetenkammer. Dabei erscheint Ciolacu seinem bisherigen Werdegang nach eher als Kompromisskandidat ohne starke innerparteiliche Machtbasis. Unangefochten ist seine Kandidatur um den Vorsitz nicht. Im Gespräch für die Position ist insbesondere auch der frühere Premierminister Sorin Grindeanu, dessen Machtbasis auch mangels relevanter Ämter allerdings noch weniger stark ist. Ein neuer Vorsitzender der PSD könnte seinerseits durchaus Interesse an einer vorgezogenen Wahl haben, auch wenn die Partei dabei kein gutes Ergebnis erzielt. Denn Vorsitzende haben entscheidenden Einfluss auf die Kandidatenlisten, sodass eine schnelle Wahl auch eine Chance zur Konsolidierung der innerparteilichen Machtposition bedeuten kann. Sobald die PSD ihre Führungsfrage geklärt hat, wird sie auch politisch wieder stärker in Erscheinung treten. Sie hat bislang ihre Wählerklientel in Wahlkämpfen meist effektiv zu mobilisieren vermocht. Zugute kommt ihr auch möglicherweise die Schwäche der Partei Pro-Romania des ehemaligen Premierministers Victor Ponta, die als Abspaltung von und Alternative zur PSD gegründet wurde, mittlerweile aber eine Reihe prominenter Vertreter, darunter den ehemaligen

Premierminister Mihai Tudose, wieder an die PSD verloren hat. Insofern dürften aktuelle Umfragewerte die Ergebnisse auch einer vorgezogenen Parlamentswahl nur recht bedingt vorwegnehmen.

Vorgezogene Neuwahlen könnten frühestens Mitte Juni stattfinden

Es ist jetzt an Präsident Iohannis, nach Beratungen mit den im Parlament vertretenen Parteien einen neuen Kandidaten für den Posten des Premierministers zu nominieren. Iohannis hat bereits angekündigt, erneut Orban vorzuschlagen. Iohannis und Orban wahren damit einen engen Schulterschluss; zugleich hat Orban selbst angekündigt, dass die PNL nicht erneut für eine Regierung stimmen – sondern sich wohl enthalten – würde. Da für die Wahl einer neuen Regierung die absolute Mehrheit der Parlamentarier erforderlich ist, wird es der jetzigen Opposition also zusätzlich erschwert, doch noch eine neue Regierung zu wählen, um Neuwahlen zu vermeiden. Auch die USR hatte sich bislang immer für Neuwahlen ausgesprochen und dürfte dem Beispiel der PNL folgen. Scheitert dann auch der zweite Versuch einer Regierungsbildung im Parlament, kann der Präsident 60 Tage nach seinem ersten Vorschlag eines neuen Premiers das Parlament auflösen. Eine vorgezogene Parlamentswahl könnte damit frühestens nach Pfingsten, also Mitte Juni, stattfinden.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Martin Sieg
Leiter der Auslandsbüros Rumänien und Republik Moldau
Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit
www.kas.de

martin.sieg@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)